

Mitgliederversammlung des Stadtverbands Oldenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Datum: 08.09.2025

Ort: Oldenburg

Antrag auf Beschlussfassung zur Einreichung der Resolution „Humanitäre Hilfe und Frieden in Gaza“ bei der Landesdelegiertenkonferenz am 8./9. November 2025 in Wolfsburg.

Antragstellerin:

Katharina von Dach, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Susanne Menge, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Sylke Ziethe, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Johannes Ziethe, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Elke Roskosch-Buntemeyer, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Anja-Katharina Neukirch, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Hubert Hill, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Lena Nzume, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen

Hauptverfasserin:

Katharina von Dach, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Susanne Menge, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen

Antragsart:

Beschlussantrag

Antragstext:

Der Stadtverband Oldenburg beschließt, den Antrag zur Verabschiedung der Resolution „Humanitäre Hilfe und Frieden in Gaza“ in der vorliegenden Fassung auf der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 8./9. November 2025 in Wolfsburg einzureichen.

Begründung / Beilage:

Die Resolution beschäftigt sich mit dem Krieg in Gaza und legt politische Positionen dar. Durch die Einreichung beim Landesparteitag soll die Resolution auf Landesebene diskutiert und abgestimmt werden.

Resolution „Humanitäre Hilfe und Frieden in Gaza“

Präambel

Eingedenk dessen, dass das Existenzrecht Israels unantastbar ist und die Sicherheit seiner Bevölkerung stets gewahrt bleiben muss,

im Bewusstsein, dass das palästinensische Volk ein gleichwertiges Recht auf Selbstbestimmung, Würde und Sicherheit in einem eigenen demokratischen Staat hat,

unter Anerkennung der Tatsache, dass das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konventionen alle Konfliktparteien binden und der Schutz von Zivilist*innen oberste Priorität hat,

in Erinnerung an die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, schwerste Menschenrechtsverletzungen und drohenden Völkermord zu verhindern,

in der Überzeugung, dass dauerhafter Frieden nur durch eine politische Lösung auf Basis einer Zwei-Staaten-Perspektive erreicht werden kann,

fasst Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen folgende Resolution:

Der Krieg in Gaza

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf israelische Zivilist*innen am 7. Oktober 2023, bei dem mehr als tausend Menschen brutal ermordet und zahlreiche weitere verschleppt wurden, herrscht im Gazastreifen Krieg. Israel hat gemäß Artikel 51 der UN-Charta das Recht auf Selbstverteidigung gegen terroristische Angriffe. Dieses Recht ist jedoch durch die Grundsätze des humanitären Völkerrechts, insbesondere die Genfer Konventionen von 1949 und deren Zusatzprotokolle, begrenzt. Angriffe, die unverhältnismäßig Zivilist*innen treffen oder gezielt zivile Infrastruktur zerstören, sind nicht mit dem Völkerrecht vereinbar.

Die gegenwärtige militärische Vorgehensweise der israelischen Regierung unter Premierminister Netanyahu verletzt nach Einschätzung zahlreicher internationaler Beobachter diese völkerrechtlichen Grenzen. Die Zivilbevölkerung in Gaza leidet unter Belagerung, Hunger, mangelnder medizinischer Versorgung sowie der systematischen Zerstörung von Wohnraum und ziviler Infrastruktur. Die Nutzung von Hunger oder der Verweigerung lebensnotwendiger Güter als Kriegswaffe verstößt gegen Artikel 54 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen.

Wir verurteilen gleichermaßen:

- den Terror der Hamas und ihre menschenverachtenden Angriffe auf die Zivilbevölkerung Israels,
- das Vorgehen der israelischen Armee, das in seiner Härte von vielen Beobachter*innen als nicht mehr im Einklang mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit gesehen wird und das in hohem Maße Zivilist*innen betrifft.

Wir fordern:

- **Einen sofortigen, unbefristeten Waffenstillstand**, der von beiden Seiten eingehalten wird.
- **Dass die Hamas** unverzüglich und bedingungslos alle Geiseln frei lässt sowie Raketenangriffe auf israelische Städte beendet.
- **dass die israelische Regierung** das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt einhält, auf kollektive Bestrafung verzichtet und humanitäre Versorgungskorridore unverzüglich zulässt.
- **dass die Vereinten Nationen** die humanitäre Hilfe vorrangig über den Landweg deutlich vergrößern unter direkter UN-Kontrolle und mit internationaler Beobachtung.
- **Den Schutz der Pressefreiheit, das heißt** ungehinderten Zugang für Journalist*innen und Vertreter*innen internationaler Organisationen, um unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten.

Verantwortung Deutschlands

Deutschland steht in seiner Staatsräson fest zum Existenzrecht Israels. Zugleich ist die Bundesrepublik als Vertragsstaat der Genfer Konventionen und Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet, auf die Einhaltung des Völkerrechts zu drängen. In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, Rüstungsexporte nach Israel so lange auszusetzen, bis die Einhaltung des humanitären Völkerrechts gesichert und die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Gaza deutlich verbessert ist.

Der Internationale Gerichtshof hat 2007 unmissverständlich festgestellt, dass Staaten verpflichtet sind, drohenden Völkermord zu verhindern. Angesichts der dramatischen Lage in Gaza und der aktuellen Verfahren vor dem IGH fordern wir die Bundesregierung auf, alle rechtlichen und diplomatischen Schritte zu unterstützen, die geeignet sind, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Zudem soll die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs, mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die

Menschlichkeit auf beiden Seiten unabhängig und umfassend zu untersuchen, durch die Bundesregierung unterstützt werden.

Perspektive: Zwei-Staaten-Lösung

Ein Waffenstillstand darf nur ein erster Schritt sein. Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist eine politische Lösung auf Basis der einschlägigen UN-Resolutionen. Diese sehen eine friedliche Koexistenz zweier Staaten - Israel und Palästina - vor.

Dazu gehört:

- die uneingeschränkte Anerkennung des Existenzrechts Israels durch einen zukünftigen palästinensischen Staat sowie durch die arabischen Nachbarstaaten,
- das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in einem demokratisch verfassten, souveränen Staat,
- die Beendigung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik im Westjordanland, die gegen Artikel 49 Absatz 6 der Vierten Genfer Konvention verstößt,
- die Achtung der territorialen Integrität beider Staaten sowie der Verzicht auf Annexionen.

Pläne einer dauerhaften militärischen Besetzung des Gazastreifens oder einer faktischen Annexion sind nicht nur völkerrechtswidrig, sondern würden jede Friedensperspektive dauerhaft zerstören.

Solidarität und humanitäre Verantwortung

Wir rufen zu einer ungeteilten Solidarität auf: mit den Menschen in Israel, die seit Jahrzehnten unter Terror und Bedrohung leben, und mit den Palästinenser*innen, die in Gaza und im Westjordanland unter Krieg, Besatzung und Entrechtung leiden. Nur wenn beide Völker in gleicher Würde und mit gleichen Rechten anerkannt werden, kann eine friedliche Koexistenz entstehen.

Wir unterstützen Initiativen, die Kindern und Familien aus dem Gazastreifen und aus Israel eine sichere Zuflucht in Deutschland gewähren wollen. Wir fordern die Bundesregierung auf, entsprechende Aufnahmeprogramme zu ermöglichen und Kommunen zur Mitwirkung zu befähigen.

Darüber hinaus bitten wir alle Bürger*innen um Spenden für anerkannte humanitäre Organisationen, um die Versorgung der notleidenden Zivilbevölkerung in Gaza sicherzustellen.